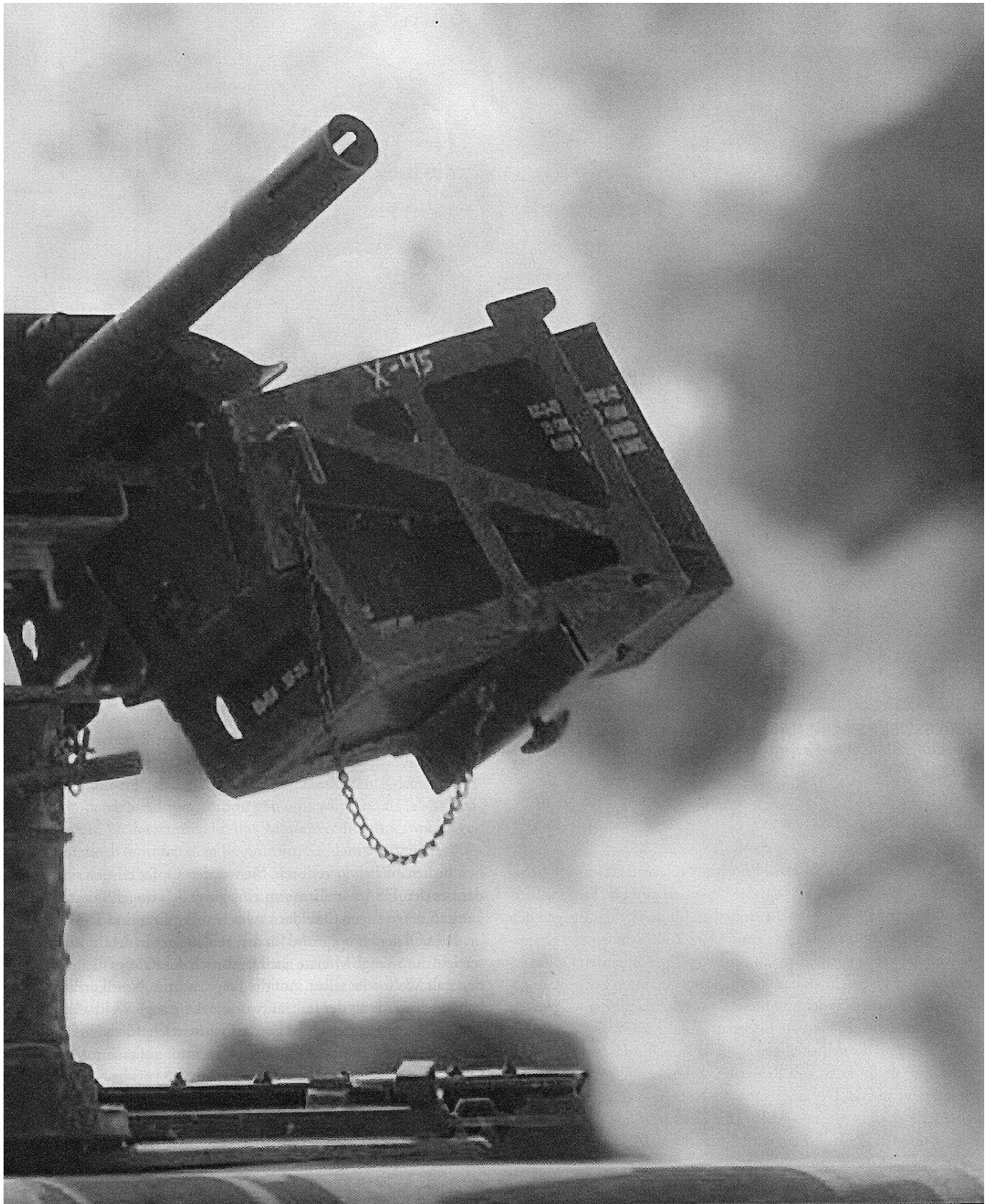




Öl ins Feuer



WIE SICHER IST UNSERE VERSORGUNG MIT ÖL UND GAS? PARALLEL ZUM SCHWINDEN DER FOSSILEN VORRÄTE SPITZEN SICH DIE KONFLIKTE UM DEN VERBLEIBENDEN REST ZU. WELCHEN PREIS ZAHLEN WIR UND ANDERE DAFÜR? NACH DEM MITTLEREN OSTEN GERATEN NUN AFRIKA UND ZENTRALASIEN INS VISIER. VOR ALLEM DIE USA KÄMPFEN FÜR EINEN UNGEHINDERTEN NACHSCHUB – WENN NÖTIG MIT MILITÄRISCHER GEWALT.

Text: Oliver Lönker, Sascha Rentzing und Nicole Weinhold, Fotos: Associated Press



KRIEGSZIEL PIPELINE: Britische Soldaten nach der Eroberung der Ölförderanlagen auf der Halbinsel Al-Faw im Südirak zu Beginn des Krieges im März 2003.

Auf der Webseite des National Priorities Projects tickt unnachgiebig die Uhr. Jede Minute – das hat der US-amerikanische Steuerzahlerbund berechnet – wachsen die Ausgaben für den Feldzug gegen den Irak um 170.000 Dollar. Bis zum März 2006 werden die Kriegskosten die kaum vorstellbare Summe von 251 Milliarden Dollar erreichen – das ist mehr als das Dreifache der gesamten Entwicklungshilfe der Industrieländer und mehr als das Achtfache der weltweiten Investitionen in erneuerbare Energien im Jahr 2004.

Dabei sind die neunstelligen Kriegskosten, die das National Priorities Project auf Basis von Regierungsdaten kalkuliert hat, nur die Spitze des Eisbergs. Der amerikanische Nobelpreisträger Joseph Stiglitz schätzt, dass der Irak-Feldzug die USA am Ende insgesamt fast zwei Billionen Dollar kosten wird – so viel wie die gesamte deutsche Wirtschaftsleistung in einem Jahr.

Noch kurz vor Beginn der Militäraktion hatte der ehemalige Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz versichert, dank steigender Ölexporte werde der Irak „seinen Wiederaufbau selbst finanzieren können“. Eine fatale Fehleinschätzung, die das Weiße Haus nicht daran hinderte, den neokonservativen Hardliner als neuen Chef der Weltbank durchzusetzen.

Blutzoll des Irak-Krieges: 30.000 tote Zivilisten

Nicht in Geld zu messen ist der Blutzoll, den der Feldzug gegen das Ex-Regime Saddam Husseins täglich einfordert: Mehr als 2.200 US-Soldaten und schätzungsweise 30.000 irakische Zivilisten ha-

ben bisher ihr Leben verloren. Sie wurden Opfer eines Krieges, in dem es den USA vor allem um eins ging: den ungehinderten Zugang zu den riesigen Ölfeldern zwischen Euphrat und Tigris.

Dass Öl der Hauptgrund für den Feldzug gegen den Irak war, bestätigte nur wenige Monate nach Ausbruch des Krieges niemand anderes als Wolfowitz selbst. Auf die Frage, warum Nordkorea anders behandelt werde als der Irak, antwortete der jetzige Weltbank-Chef: „Der wichtigste Unterschied ist, dass wir wirtschaftlich einfach keine Wahl im Irak hatten. Das Land schwimmt auf einem Meer von Öl.“

Die Amerikaner wollen ihren Nachschub gesichert wissen. Kein Wunder. Ein weltweit wachsender Energiehunger steht immer knapperen Ressourcen gegenüber: Nach Schätzungen der Internationalen Energie Agentur (IEA) steigt der weltweite Erdölverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 120 Millionen Barrel – pro Tag. Der US-Politikwissenschaftler Michael T. Klare geht sogar davon aus, dass die wichtigsten Öllieferanten aus der Golfregion ihre tägliche Fördermenge um 85 Prozent erhöhen müssten, um der globalen Nachfrage im Jahr 2020 gerecht zu werden. Allein in den USA soll der tägliche Ölverbrauch von 19,7 Millionen Barrel im Jahr 2002 auf 27,3 Millionen in 2025 steigen. Ob es für den wachsenden Verbrauch genug Nachschub gibt, ist ungewiss. Wissenschaftler rechnen damit, dass der Gipfel der weltweiten Fördermenge spätestens in zehn Jahren erreicht wird und die Quellen danach unweigerlich versiegen (neue energie 11/2005).

„Wir müssen uns darauf vorbereiten, unsere gegenwärtige Lebensweise zu ändern. Dieser Wandel wird entweder geplant von uns selbst durchgeführt werden, oder er wird uns von den unerbittlichen Naturgesetzen, begleitet von Chaos und Leid, aufgezwungen werden.“

Jimmy Carter, Präsident der USA, 1976

Vermeintliche Kriegsgründe als falsch entlarvt

Die USA reagieren auf die drohende Knappheit mit militärischen Mitteln. Doch Verteidigungsminister Donald Rumsfeld leugnet bis heute, dass Öl ein Motiv für den Irak-Krieg gewesen sei. Glaubwürdig ist das nicht, denn zum einen hat die US-Regierung ihre Interessen in dem Energiereport „National Energy Policy Development“ aus dem Jahr 2001 klar formuliert: „Energiesicherheit muss eine Priorität der amerikanischen Handels- und Außenpolitik sein“. Und dass die Golfregion im Mittelpunkt der amerikanischen Sicherheitspolitik steht, ist dort ebenfalls nachzulesen.

Zum anderen haben sich alle vermeintlichen Kriegsgründe, die von der US-Administration genannt wurden, als falsch herausgestellt: Weder wurden im Irak Massenvernichtungswaffen gefunden, noch konnten dem Regime um Saddam Hussein Verbindungen zur Terrororganisation Al Kaida nachgewiesen werden. Auch die Behauptung, der Feldzug gegen Saddam Hussein habe eine Demokratisierung des Iraks zum Ziel, ist mit den Fakten kaum in Einklang zu bringen. Schon in der Vergangenheit haben die USA die Demokratieentwicklung im Mittleren und Nahen Osten zugunsten eigener Ölinteressen eher gebremst oder gar verhindert (siehe Info-Kästen).

„Das Ziel der Demokratisierung ist eine ideologische Argumentation, die das geopolitische Interesse der USA verhüllen soll“, sagt der Osnabrücker Politikwissenschaftler Mohssen Massarrat. Das tatsächliche Ziel der USA sei der Aufbau eines zweiten Standbeins im Mittleren Osten neben Saudi-Arabien. Mit der Unterminderung der Souveränität der Ölstaaten am Golf wolle Präsident Bush vor allem den störungsfreien Nachschub von Öl zu Niedrigpreisen sichern.

Für dieses Argument spricht einiges: Bereits der erste Kampfeinsatz des Irak-Krieges im März 2003 galt der Eroberung von zwei Ölverladestationen im Persischen Golf durch eine US-Eliteeinheit. In den ersten Tagen des Krieges zogen Spezialkommandos durch das Zweistromland, um Ölfelder und Pipelines zu sichern. Während Bagdad und andere Städte im Chaos von Plünderungen und Gewalt versanken, widmeten sich US-Soldaten der Übernahme des von Bombenangriffen gänzlich verschonten irakischen Ölministeriums. Eine fatale Botschaft an das irakische Volk: „Weil die Truppen nicht ausreichten, um sowohl die Öleinrichtungen ▶



Gran Chaco – sterben für Nichts

Zu einer der traurigsten Episoden der Ölgeschichte gehört zweifelsohne der Chaco-Krieg zwischen Bolivien und Paraguay 1932 bis 1935. Über hunderttausend Menschen starben bei dieser Auseinandersetzung im wahrsten Sinne des Wortes für Nichts. Kriegsgrund waren Ansprüche beider südamerikanischen Staaten auf den Gran Chaco, eine lange Zeit völlig unbedeutende Grenzregion, in der aufgrund von Erdproben und Gesteinsuntersuchungen nun erhebliche Bodenschätze, darunter auch Öl, vermutet wurden. Bolivien veranlasste in Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Standard Oil daraufhin Probebohrungen, während Paraguay seinerseits seine Ölkonzessionen an die British Petroleum (BP) vergeben hatte. So waren die Claims schnell abgesteckt und nach zahlreichen Grenzzwischenfällen und Scharmützeln kam es schließlich zum erklärten Krieg. Die Waffen für den Kampf in der „grünen Hölle“ wurden von den üblichen Verdächtigen geliefert, die ihre Interessen im Gran Chaco gewahrt sehen wollten: Die USA unterstützten Bolivien, England und Frankreich Paraguay, das den Krieg nach drei Jahren gewann. Das Dilemma: Sämtliche Probebohrungen in den Folgejahren verliefen ergebnislos. Die Hoffnung auf große Ölschätze im Gran Chaco blieb unerfüllt.



Afghanistan – Zerrieben zwischen den Supermächten

Hunderttausende Bürgerkriegstote und unendliches Leid – das war das Schicksal, das Afghanistan in den letzten Jahrzehnten hinnehmen musste. Und das vor allem, weil das von Öl- und Gaspipelines durchzogene und nahe an den Ölvorräten am Golf gelegene zentralasiatische Land für Konzerne und Staaten strategisch so interessant war. Insbesondere die einstige Supermacht, Sowjetunion und die USA, kämpften in Afghanistan auf Kosten der Bevölkerung um Einfluss. Die Auseinandersetzung begann mit dem Einmarsch der Sowjets 1979. Offizieller Grund dafür war, die kommunistische afghanische Regierung vor den Angriffen der islamischen Widerstandsbewegung zu schützen. Tatsächlich schielten die Sowjets allerdings auf die Ölvorräte am Golf, denen sie mit einer Kontrolle über Afghanistan hätten näher kommen können. Fast zwangsläufig griff Amerika ein, weil es einen zu großen Einfluss seines Erzfeinds in der Region fürchtete: Es schürte den Bürgerkrieg zwischen der kommunistischen Marionettenregierung unter Karmal und den islamischen Mudjahedin, indem es diese militärisch ausbildete und – mit Waffen ausgerüstet – über Pakistan zurück ins Land schleuste. Insgesamt soll die finanzielle und materielle Unterstützung der „Glaubenskämpfer“ rund zwei Milliarden US-Dollar gekostet haben. Dafür ging die Taktik, die Sowjets vom Golf und den Öl- und Gasquellen Afghanistans fern zu halten, auf. 1988 zog die Rote Armee unverrichteter Dinge ab und 1992 wurde schließlich der islamische Staat ausgerufen. Seit Abzug der Sowjets tobte ein zerstörerischer Bürgerkrieg mit wechselndem Geschick, der bis weit in die Neunzigerjahre andauerte. Bis heute ist das Land – trotz Militäreinsatz der USA und einem Großaufgebot von Truppen aus aller Herren Länder – nicht befriedet.

als auch die übrige Infrastruktur in Bagdad und anderen Städten zu sichern, entschied sich das Militär, nur das Öl zu sichern“, schreibt Michael T. Klare. Die US-Streitkräfte seien inzwischen zu einem „oil protection service“ mutiert, einer 140.000 Mann starken Truppe zum Schutz der Ölförderanlagen, die den Schutz der Zivilbevölkerung und das Wiederherstellen der öffentlichen Ordnung völlig aus den Augen verloren habe.

284 Anschläge auf Öleinrichtungen

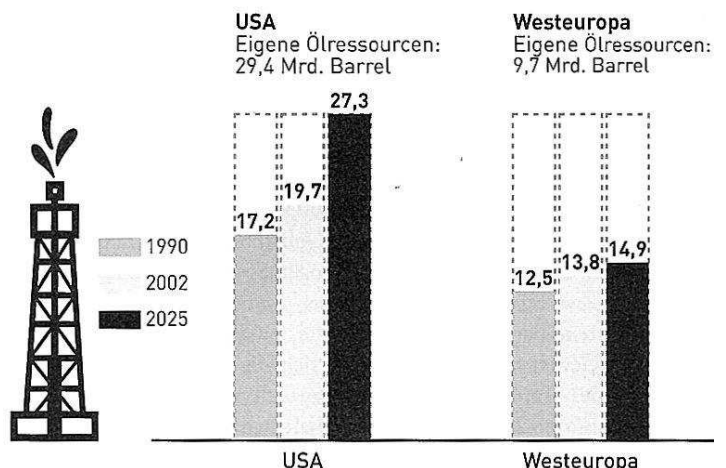
Doch selbst die massive Militärpräsenz kann die Ölfelder und Pipelines nicht ausreichend sichern. 284 Anschläge auf Öleinrichtungen hat das Institute for the Analysis of Global Security bis Ende 2005 gezählt. Darunter Bombenattacken auf die Pipeline in Richtung Türkei im kurdisch dominierten Norden oder Selbstmordanschläge auf Verladeeinrichtungen im Süden. Die Folge der Terrorattacken: Im Dezember sanken die Ölausfuhren des Iraks auf das Rekordtief von 1,1 Millionen Barrel pro Tag. Vor Kriegsbeginn lag die Ausfuhrate mehr als doppelt so hoch bei 2,6 Millionen Barrel.

Bushs Chefberater in Wirtschaftsfragen, Larry Lindsey, hatte noch im September 2002 in einem Zeitungsinterview behauptet: „Nach einem Regimewechsel im Irak können sie drei bis fünf Millionen zusätzliche Barrel Öl pro Tag zur Weltproduktion hinzuzudieren.“ Eine weitere fatale Fehlprognose der US-Regierung: Seit Kriegsbeginn fließt im Irak immer weniger Öl – ein wichtiger Grund, warum sich der Ölpreis in den vergangenen zwei Jahren mehr als verdoppelt hat. Der britische Journalist Dan Plesch hat berechnet, dass für jedes Barrel Öl inzwischen rund 20 Dollar allein für bewaffnete Einsätze bezahlt werden müssen. Der Rechnung liegen die Militärausgaben der USA und Westeuropas für den Nahen und Mittleren Osten zugrunde. Hinzu kommen die Ausgaben für zwei Golfkriege, verteilt auf zehn Jahre.

Vor dem Hintergrund steigender Kosten, in Dollars und Menschenleben, wächst auch in den USA der Widerstand gegen die Politik der Bush-Regierung: „Die größte Bedrohung für Amerika und seine Werte heißt nicht Kommunismus, Autoritarismus oder Islamismus, sie heißt Petrolismus“, wettete Mitte Januar die New York Times in einem bissigen Kommentar. Der massive Energieverbrauch im eigenen Land sei dafür verant-

Wachsender Öldurst

Täglicher Verbrauch in Millionen Barrel



wortlich, dass in den Ölförderländern Afrikas, Zentralasiens und im Mittleren Osten autoritäre Regime überhaupt noch an der Macht seien. „Die meisten dieser petrolistischen Regime wären längst zusammengebrochen – allein durch unsere Energieexzesse wurden sie gerettet“, analysiert die renommierte US-Tageszeitung.

Teuflicher Tausch: Öl gegen Waffen

Wie brutale Regime vom Öldurst des Westens profitieren, beschreiben die Journalisten Thomas Seifert und Klaus Werner eindrucksvoll in ihrem neuen „Schwarzbuch Öl“. „Alle Diktaturen des Nahen Ostens werden mittels Öleinkünften am Leben gehalten“, analysieren die Autoren. Die autoritären Regime würden ihre Macht mit aufgeblähten Militär- und Sicherheitsapparaten sichern, die direkt mit Petrodollars finanziert würden.

„Gewinner des Tauschgeschäfts ‚Öl gegen Waffen‘ sind die großen Rüstungskonzerne der Welt – allen voran in den USA. Allein Saudi-Arabien gab im Jahr 2004 mehr als 19 Milliarden Dollar für seine Bewaffnung aus. Durchschnittlich, das haben Seifert und Werner berechnet, geben die Ölstaaten am Golf zwölf Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Rüstungsgüter aus. In den Nato-Staaten liegt der Anteil bei 1,9 Prozent. Erdöl sei ein „Antiserum für Demokratie“, das den Bevölkerungen in den Förderländern vor allem Armut und Leid beschert habe, schlussfolgern Seifert und Werner. Besonders dramatisch: die Situation in den Erdölstaaten Afrikas. Ende der Neunzigerjahre gab etwa der Sudan, wo seit 1983 ein blutiger Bürgerkrieg tobt, 80 Prozent seiner Öleinnahmen für die Beschaffung von Waffen aus. Zwei Millionen Menschen verloren im Sudan in einem aus Öldollars gespeisten Krieg ihr Leben, vier Millionen wurden vertrieben.

Amnesty International schreibt in einem Bericht: „Öl wurde der Hauptgrund und das Hauptziel des Krieges. Seit den großen Ölfunden im Süden sind die Menschenrechtsverletzungen dramatisch angestiegen.“ Sanktionen muss das sudanesisches Regime nicht fürchten: Ein Waffenembargo gegen die Machthaber in Khartum scheiterte zuletzt am Widerstand Chinas, dem größten Lieferanten für Rüstungsgüter in das von Krieg geplagte Land. Das Reich der Mitte ist inzwischen Investor Nummer 1 im Sudan. Der Ölkonzern China National Petroleum Corporation (CNPC) ▶

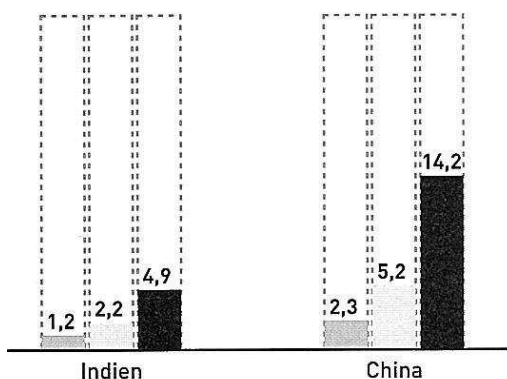


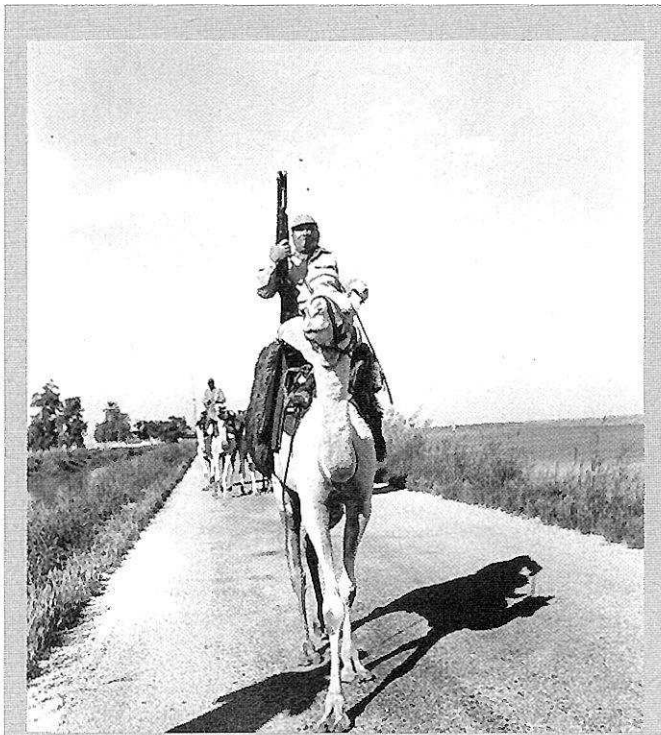
Falsches Spiel am Golf

Die Kontrolle über die Ölvorräte des Nahen Ostens ist seit jeher strategisches Ziel der USA. Wie weit Amerika zur Wahrung seiner Energie- und Wirtschaftsinteressen zu gehen bereit war, zeigte sich in der Politik gegenüber Iran und Irak schon früh sehr deutlich. 1953 unterstützten die Amerikaner den Sturz des demokratisch gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh, weil dieser die in der Hand der Anglo-Iranian (heute: British Petroleum, BP) befindlichen Ölquellen verstaatlichen wollte. Für Mossadegh wurde mit Schah Pahlewi ein Monarch installiert, der ganz nach der Pfeife der USA tanzte. 1979 kam es zur Revolte gegen das repressive Regime und die Mullahs unter Shiitenführer Chomeini übernahmen die Macht – Nationalisten, die die Ausbeutung heimischer Ölquellen durch den Westen stoppen wollten. US-Präsident Jimmy Carter ging daraufhin zum Angriff über: „Ein Versuch einer dritten Macht, Einflussnahme am Persischen Golf zu erreichen, wird als Anschlag gegen lebenswichtige Interessen der Vereinigten Staaten gewertet und wird mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen“, betonte er. Diese neue Politik war laut Carter durch die „überragende Abhängigkeit westlicher Nationen von den lebenswichtigen Öllieferungen der Ölproduzenten des Nahen Ostens“ notwendig geworden. Da fügte es sich günstig, dass Iran-Feind Saddam Hussein ebenfalls 1979 im benachbarten Irak das Zepter übernahm und nur ein Jahr später im Nachbarstaat einfiel. Einen eigenen Krieg gegen die Mullahs zu führen, war für die USA damit hinfällig. Um die anti-westlichen Mullahs zu schwächen und gefügig zu machen, reichte es aus, Saddam finanziell und mit Waffen zu unterstützen. Später, im weiteren Verlauf des ersten Golfkriegs, halfen die Amerikaner dann wiederum dem Iran. Das Ziel dieses Wechselspiels war klar: Beide Ölstaaten sollten sich gegenseitig mattsetzen, damit die Amerikaner das Machtvakuum nutzen und die Vormachtstellung am Persischen Golf übernehmen konnten. Die Carter-Doktrin ist im Übrigen bis heute bestimmend für die US-Außenpolitik: Gegner amerikanischer Ölinteressen werden – militärisch – bekämpft. Auch der 2. und 3. Golfkrieg sind dafür Belege.

Indien
Eigene Ölressourcen:
5,6 Mrd. Barrel

China
Eigene Ölressourcen:
17,1 Mrd. Barrel





Kampf um den Suez-Kanal

Auch um Transportwege des Öls wurde in der Vergangenheit gestritten. Wie zum Beispiel um den Suez-Kanal in Ägypten, Mitte des letzten Jahrhunderts die kürzeste und wichtigste Verbindung für den Rohstoff vom Persischen Golf nach Europa; zwei Drittel des dort benötigten Öls kamen über diese Wasserstraße. Die Crux für den abhängigen Westen: 1952 putschte sich Oberst Nasser an die Spitze Ägyptens. Geleitet von anti-westlichen, panarabisch-sozialistischen Ideen orderte Nasser Waffen aus der Sowjetunion, drohte mit dem Einmarsch in den Sudan, verstaatlichte den Suez-Kanal und ließ diesen schließlich besetzen. Für Großbritannien und Frankreich, die beiden Großmächte Europas, eine dezidierte Gefährdung wirtschaftlicher Interessen. 1956 beschlossen sie daher, militärisch zu intervenieren. Israel, mit beiden Nationen im Bunde, wurde vorgeschickt: Mit der Aussicht, mit Ägypten einen gefährlichen Gegner loszuwerden, eroberten die Israelis die Sinai-Halbinsel und rückten anschließend in Richtung Suez-Kanal vor. Als die Ägypter Widerstand leisteten, war für die alten Kolonialmächte der Anlass für eine Intervention gegeben. Flugplätze im Land wurden bombardiert und Nassers Truppen zum Rückzug gezwungen. Den Suez-Kanal unter eigene Kontrolle zu bringen, gelang den Invasoren aber nicht. Denn Nasser hatte kurz zuvor mit Steinen beladene Schiffe in der Wasserstraße versenken lassen und diese so unpassierbar gemacht. Als schließlich noch die Sowjets mit einem Nuklearschlag gegen den Westen drohten, war ein Sieg der Europäer am Suez-Kanal quasi unmöglich geworden. Zumal sich auch Amerika – offensichtlich verstimmt darüber, nicht in die Besetzungspläne eingeweiht worden zu sein – aus dem Konflikt heraushielt. Ende 1956 räumten Briten und Franzosen das Feld. Damit hatten sie die letzten Reste ihrer einstigen Kolonialmacht endgültig verloren. Fortan übernahm die Sowjetunion die Rolle der Schutzmacht Ägyptens.

half beim Bau der größten Erdölraffinerie des Landes und besitzt beträchtliche Ölreserven in der Krisenprovinz Darfur.

Asiatische Riesen haben Durst

Und das ist eine neue Komponente im weltweiten ‚big game‘: Neben den üblichen Verdächtigen – den westlichen Industrienationen – buhlen die asiatischen Großmächte um einen Zugang zu fossilen Rohstoffen. Allen voran China: Das Milliardenvolk hat nach den USA den weltweit größten Rohölverbrauch. Im Jahr 2002 waren es täglich 5,2 Millionen Barrel. Bis 2025 wird der Bedarf laut International Energy Outlook 2005 auf 14,2 Millionen Barrel pro Tag steigen. Beim indischen Nachbarn sieht es ähnlich aus: Das Land am Ganges deckt rund 70 Prozent seines Ölbedarfs, 2002 waren es 2,2 Millionen Barrel täglich, durch Importe. Indien setzt zudem verstärkt auf Gas. Energieminister Mani Shankar Aiyer geht etwa davon aus, dass im Jahre 2025 täglich etwa 100 Millionen Kubikmeter Erdgas benötigt werden. Hinzu kommen dann laut International Energy Outlook 4,9 Millionen Barrel Öl täglich. Und auch Japan mischt mit. Die Wirtschaft des rohstoffarmen Landes musste unter den vergangenen Ölkrisen starke Einbrüche erleiden. Japan weiß also, was auf dem Spiel steht. Frank Umbach von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) befürchtet sogar, dass die Energieinteressen die bilateralen Beziehungen mit China schädigen könnten: „Die Konkurrenz könnte zu gewalttätigen Konflikten führen.“

Im Wettstreit um schwarzes Gold vom Nachbarn Kasachstan mussten die Inder gerade eine herbe Niederlage gegen das Reich der Mitte einstecken: Die CNPC hat der halb staatlichen indischen Oil and Natural Gas Corporation just die kanadische Petrokazachstan vor der Nase weggeschnappt. Damit kontrolliert die größte chinesische Ölfirma rund zwölf Prozent der gesamten Ölproduktion in Kasachstan.

Doch das Gezänk zwischen den beiden asiatischen Schwergewichten könnte einem pragmatischen Miteinander weichen. Gerade haben China und Indien eine Reihe von Absichtserklärungen unterzeichnet, um ihre Energieversorgung besser zu koordinieren und gemeinsam Preise auszuhandeln.

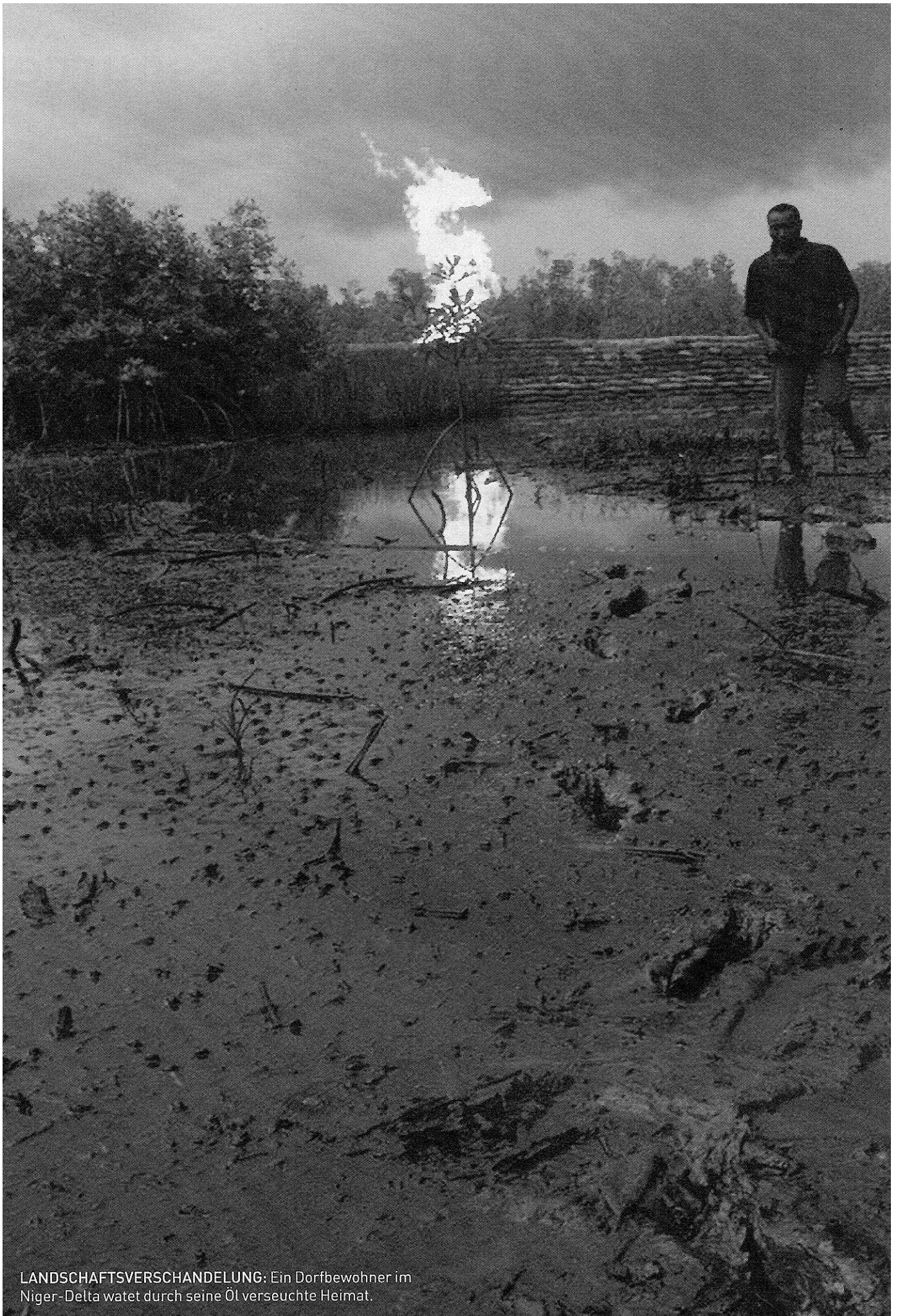
Pipeline bringt kasachisches Öl nach China

War China bis vor ein paar Jahren fast komplett von Importen aus der Golfregion abhängig, so zeichnet sich heute eine Trendwende ab: Die Volksrepublik diversifiziert ihre Energieimporte und richtet dabei den Blick vor allem auf seine Nachbarn in Zentralasien.

Matthias John, Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International Deutschland, sieht das wachsende Interesse Chinas an Ölfeldern in Afrika und Zentralasien mit großer Sorge: „Wir befürchten, dass Länder wie der Sudan gezielt chinesische Konzerne ins Land holen, weil China beim Thema Menschenrechte weniger Druck ausübt.“

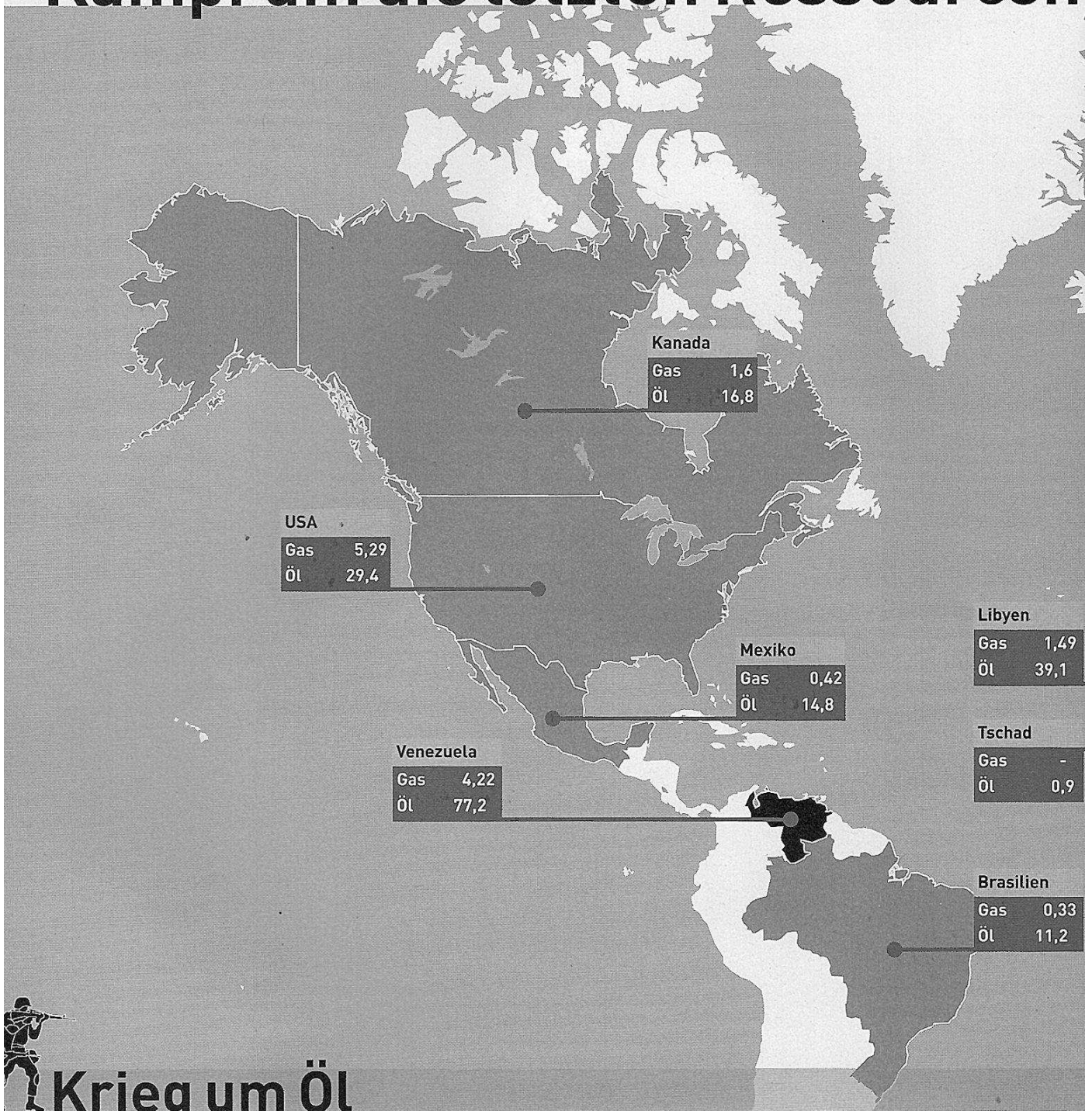
Tatsächlich ist es in der Volksrepublik durchaus üblich, die Systeme instabiler Regionen politisch zu unterstützen, wenn diese zum Kreis der Rohstofflieferanten zählen. Beispiel Kasachstan: Dort ist Mitte Januar das autoritäre Regime von Präsident Nursultan Nasarbajew bestätigt worden. Dem Machthaber und seinem Familienklan wird unter anderem Wahlmanipulation vorgeworfen.

Derweil freuen sich die Chinesen über ihre neueste Ölquelle: Die im Dezember fertig gestellte Leitung vom kasachischen Steppenort Atasu bis zum chinesischen Alashankou mit fast tausend Kilometer Länge soll künftig jährlich bis zu 20 Millionen Tonnen



LANDSCHAFTSVERSCHANDELUNG: Ein Dorfbewohner im Niger-Delta wadet durch seine Öl verseuchte Heimat.

Kampf um die letzten Ressourcen



Krieg um Öl

1912

Mexiko. Angriff auf Vera Cruz. Beginn des brit.-amerik. Streits um Ölinteressen in Mexiko.

1932-35

Paraguay. Chaco-Krieg. Bolivien und Paraguay kämpfen um Ölvorkommen in Grenzregion Gran Chaco.

1953

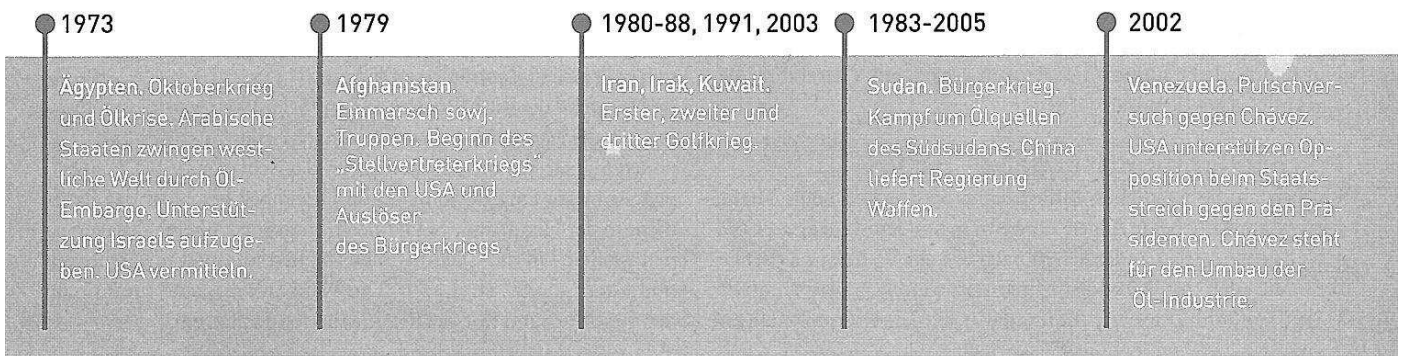
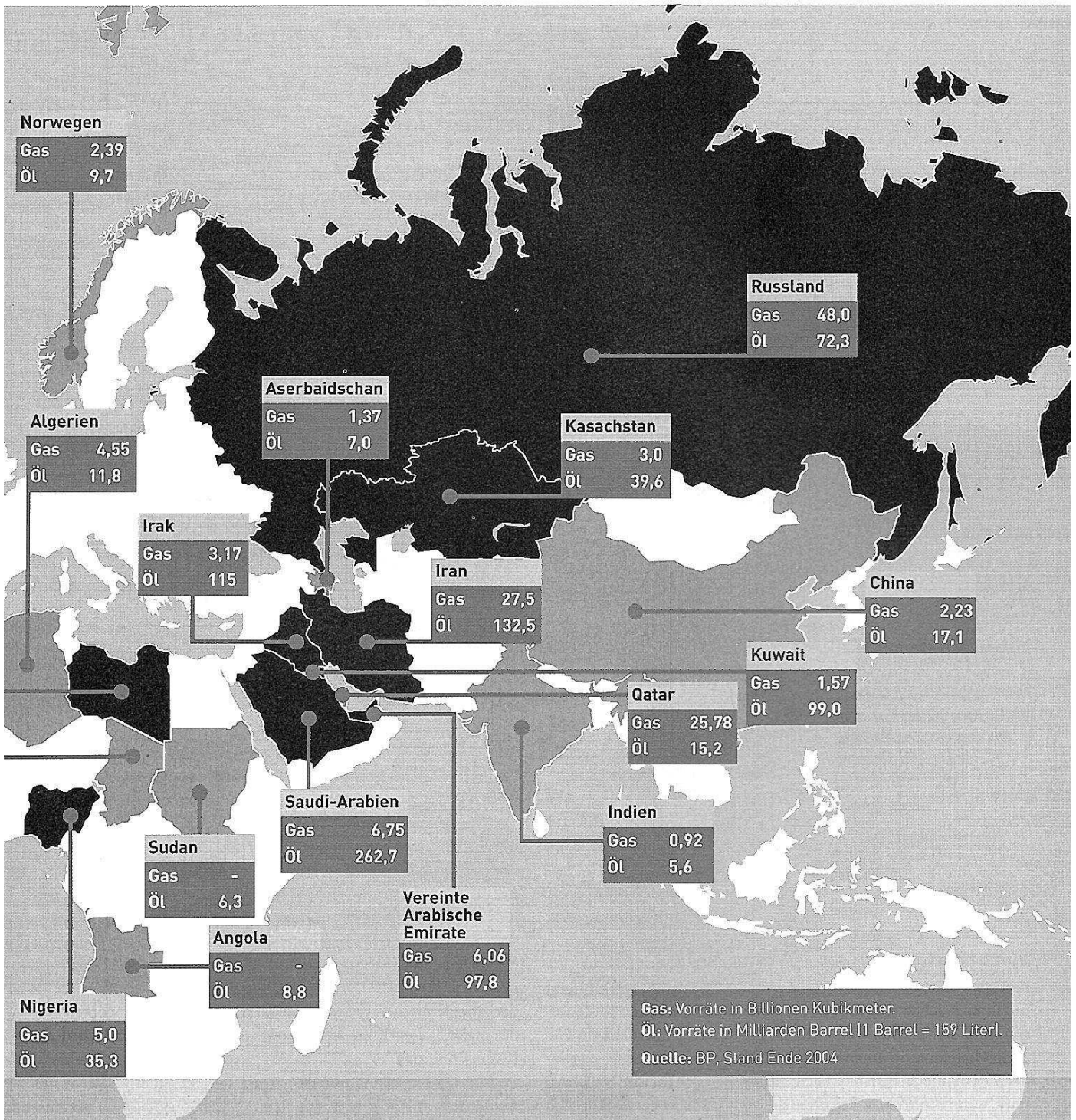
Iran. Putsch gegen Mossadegh. USA verhelfen „Ölfreund“ Schah Reza Pahlewi zurück auf den Thron.

1956

Ägypten. Kampf um den Suez-Kanal. Brit. und franz. Truppen fallen in Ägypten ein, um Europas wichtigste Öl-Ader unter ihre Kontrolle zu bringen.

1967-70

Nigeria. Biafra-Krieg. Nigeria und Provinz Biafra kämpfen um Ölquellen. Großbritannien und Sowjetunion leisten Nigeria Militärhilfe.





SCHWARZER SEGEN VON UNTEN: Ein Mann betet vor den Ölfördertürmen nahe Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans.

Rohöl von Kasachstan in die nordwestchinesische Provinz Xinjiang transportieren. Es ist der erste direkte Zugang Chinas zu den kasachischen Ölreserven.

Den Amerikanern ist die Rohrleitung ein Dorn im Auge. Vor einigen Monaten ist ihre Baku-Tiblisse-Ceyhan-Pipeline mit Verlauf über Aserbaidschan, Georgien und die Türkei fertig gestellt worden. Sie sollte nicht nur Öl aus dem aserbaidschanischen Baku befördern, sondern auch aus Kasachstan. Jetzt könnte der Großteil des kasachischen Öls nach China fließen. Usbekisches Öl hat ebenfalls den Weg ins Reich der Mitte gefunden: Die Chinesen haben im letzten Jahr mit ihren Nachbarn ein bilaterales Abkommen über Erdölförderungen im Wert von 600 Millionen Dollar unterzeichnet und ein Gemeinschaftsunternehmen von CNPC und Usbekneftegas gegründet. Die Chinesen bedanken sich: Sie machen sich für ihre Nachbarn stark, wenn es um einen Beitritt in die Welthandelsorganisation geht.

Loyalität mit den Energielieferanten wird in China offenbar groß geschrieben. Das zeigt auch das Beispiel Iran. Das Land steht derzeit in der Kritik, weil es sein Atomprogramm wieder aufgenommen hat. Nur China bleibt stumm. Die Asiaten decken ein Viertel ihres Bedarfs mit Öl aus dem Iran.

Petrodollar für Krisengebiet Tschad

Doch auch die westlichen Industriestaaten drücken beim Thema Menschenrechte beide Augen zu, wenn es um den Zugang zu Ölreserven geht. „Viele Länder liefern nach wie vor Waffen in Krisengebiete, die auch mit Petrodollars finanziert werden – allen voran die USA“, sagt John. Amnesty fordert daher seit Jahren strengere Kon-

trollen für Rüstungstransfers – und scheiterte vor allem bei den so genannten Kleinwaffen immer wieder am Widerstand der Vereinigten Staaten, die im Verbund mit China und Russland gegen alle verbindlichen Regeln opponieren. Zu groß ist das geostrategische Interesse der USA an den Ölvorkommen in Afrika: Bis 2010 sollen ein Viertel der amerikanischen Erdölimporte aus Afrika stammen, um die Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Mittleren Osten zu begrenzen. Großes Interesse widmeten die USA zuletzt den Ölfeldern des Tschad, die noch eine Milliarde Barrel des schwarzen Goldes beherbergen sollen. 2003 eröffnete ein Konsortium unter Beteiligung der amerikanischen Ölkonzerne Chevron und Exxon Mobil sowie des malaysischen Konzerns Petronas eine Pipeline vom Tschad zur Küste Kameruns.

Die US-Regierung unterstützt das Projekt unter anderem mit militärischem Know-how: Im Rahmen der so genannten „Trans-Sahara Counter Terrorist Initiative“ bilden die US-Marines einheimische Einheiten zum Schutz der Pipeline aus. Einmal mehr unterstützen die USA ein repressives Regime, um den Nachschub an den heimischen Zapfsäulen zu sichern.

Während die Bush-Regierung den Tschad weiter aufrüstet, mehrten sich die Menschenrechtsverletzungen entlang der Pipeline. „Die neuen Signale aus dem Tschad lassen das Schlimmste befürchten“, sagt Amnesty-Experte John. Ende Dezember beschloss das Parlament in der Hauptstadt N'Djamena, entgegen früherer Zusagen einen großen Teil der Öleinnahmen für Investitionen in „Sicherheit und Grenzschutz“ zu nutzen. Die Weltbank reagierte prompt auf den Beschluss und froh alle Kredite für den Tschad ein. ▶

„Wir können unseren Weg zur Energieunabhängigkeit nicht beibehalten, und wir können auch unseren Weg, immer über genug Energie zu verfügen, nicht beibehalten. Aber wir müssen auf beiden Wegen weitergehen.“

George W. Bush, Präsident der USA, 2001

John warnt, die Situation im Tschad könnte in einen neuen Bürgerkrieg münden. Die Ölkonzerne lassen sich von diesen Warnungen nicht beeindrucken. Im Gegenteil: In Knebelverträgen mit Laufzeiten bis in die Siebzigerjahre des 21. Jahrhunderts hat die Regierung des Tschad die Energiemultis Chevron, ExxonMobil und Co. von jeder Verantwortung für eine etwaige Verschlechterung der Menschenrechtslage entlang der Pipeline freigesprochen.

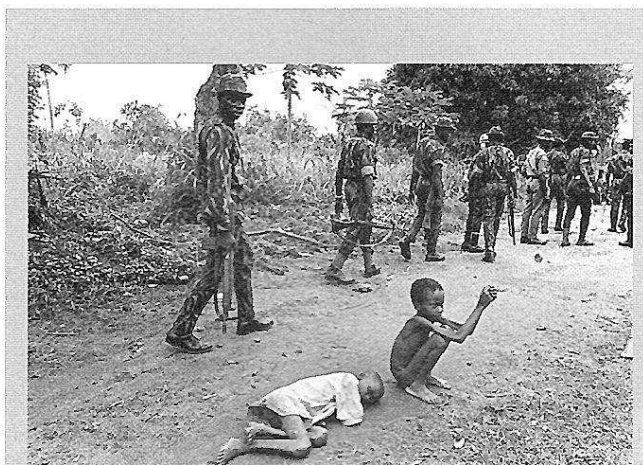
Die Folgen haben diejenigen, die nahe der Leitung leben, bereits zu spüren bekommen. Amnesty berichtet, dass Bauern ohne Entschädigung enteignet wurden und ganzen Dörfern der Zugang zu Trinkwasserquellen verwehrt wurde. „Die Regierungen der Importländer müssen die Erdölunternehmen in die Verantwortung nehmen“, fordert Amnesty-Experte John.

Zum Tête-à-Tête in Russland

Doch der Energiedurst lässt so manchen die demokratischen Ideale hinstellen – auch hierzulande. Bester Beleg ist das unter Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder gepflegte enge Verhältnis zum wichtigsten deutschen Energielieferanten Russland. Präsident Wladimir Putin hat den Reichtum an eigenen Öl- und Gasvorkommen längst als Faustpfand erkannt. Bereits in seiner Doktorarbeit kam der Jurist zu dem Ergebnis, dass die Renationalisierung der Energiequellen für den Machterhalt im Kreml eine entscheidende Rolle spielt.

„Moskau nutzt seine Energiequellen als politische Waffe“, ist sich Frank Umbach von DGAP sicher. Jüngstes Beispiel: Vor einigen Wochen drehten die Russen der Ukraine den Gashahn zu. Viele Ukrainer glauben, dass der Kreml auf diese Weise den Verlierer der Präsidentenwahlen 2005, Viktor Janukowitsch, bei den nächsten Parlamentswahlen unterstützen und Teile der ukrainischen Industrie in die Pleite drängen will, um diese dann zusammen mit dem Pipeline-Netz für wenig Geld zu übernehmen.

Über mangelnde Demokratie und Menschenrechtsverletzungen sah die deutsche Regierung unter Kanzler Schröder großzügig hinweg, um die Pläne für eine Gasleitung durch die Ostsee nicht zu gefährden. Jetzt ist die Pipeline, die von Sankt Petersburg direkt nach Greifswald führen soll, unter Dach und Fach (siehe Seite 30). Polen, die Ukraine und Weißrussland wollen sich nicht so recht über das Bauvorhaben freuen. Sie sind politisch ausgebootet und müssen auf ein erkleckliches Sümmchen an Transitgebühren verzichten, weil die Pipeline ihre Hoheitsgebiete geschickt umgeht. Für den Gasnachschub aus Zentralasien soll eine zweite Pipeline sorgen: Sie soll kasachisches Gas vom Kaspischen Meer über die Türkei nach Westeuropa transportieren. Dort steigt der Ölbedarf laut International Energy Outlook von 13,8 im Jahr 2002 auf 14,9 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 2025. ▶



Zwei Millionen Opfer am Niger

In die Geschichte ist der Biafra-Krieg, der 1967 bis 1970 in Nigeria wütete, als eskalierter ethnischer Konflikt zwischen den christlichen Igbo des Südens mit dem islamischen Norden eingegangen – der eigentliche Kriegsgrund war jedoch ein anderer: Es ging um die Kontrolle über die riesigen neu entdeckten Ölfelder im Süden des Landes.

Seit der Unabhängigkeit Nigerias von Großbritannien 1960 kämpften die in der Biafra-Provinz beheimateten Igbos gegen den muslimischen Norden um mehr Einfluss im Land. Als in der Nähe des Igbo-Siedlungsgebietes Öl entdeckt wurde, eskalierte der Konflikt: 1967 verabschiedete die Zentralregierung eine Gebietsreform, in deren Folge das Land in zwölf Bundesstaaten aufgeteilt wurde. Dabei wurden die Grenzen so gewählt, dass die Ölgebiete außerhalb des Igbo-Zugriffs lagen. Das und ein Pogrom gegen das Volk im Norden führte dazu, dass der Militärgouverneur der Ostregion Odumegwu die Unabhängigkeit der Region Biafra ausrief. Im darauf folgenden Krieg, bei dem rund zwei Millionen Menschen starben, zeigte sich aber bald, dass die Igbos keine Chance haben würden. Nicht zuletzt, da Großbritannien und die Sowjetunion die Zentralregierung militärisch unterstützten – gegen die sowjetischen Napalm Bomber hatte die mit Sportflugzeugen ausgestattete Luftwaffe Biafras keine Chance. Warum sich Briten und Sowjets so für die nigerianische Regierung einsetzten, liegt auf der Hand: Gesellschaften aus beiden Ländern förderten im Nigerdelta bereits Öl und wollten nun auch ungehinderten Zugang zu den neuen Quellen im Süden, der ihnen unter den Igbos sicher verwehrt geblieben wäre.



ÖLADER INS REICH DER MITTE: Sehr zum Ärger der USA wurde Ende 2005 die erste Ölpipeline von Kasachstan nach China eröffnet.

Europa: Krieg um Öl oder Frieden mit Erneuerbaren?

Auf europäischer Ebene beschränken sich die Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung nicht auf den Bau von Pipelines. Derzeit steht im EU-Parlament das „European Defence Paper“ des französischen Institute for Security Studies zur Abstimmung, ein Entwurf für künftige Militärstrategien. Darin finden sich deutliche Worte: Das Militär sollte in der Lage sein, Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen zu führen, heißt es. Das sei zum Beispiel der Fall, wenn Sicherheit und Wohlstand durch die Unterbrechung der Ölversorgung oder die Erhöhung der Energiekosten bedroht würden. Ein konkret beschriebenes Szenario im EU-Strategiepapier räumt jeden Zweifel aus: „In einem Land X, das an den indischen Ozean grenzt, haben anti-westliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe.“ Ziel sei es, „das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallationen, Pipelines und Häfen des Landes X zu erhalten.“ Kriege zur Sicherung der europäischen Energieversorgung werden detailliert durchdacht – von der Truppengröße bis zur Wahl des strategischen Partners USA.

Keine Frage: Der Zugriff auf Öl- und Gasvorräte ist eine der entscheidenden strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Viel wichtiger, als Konzepte für kriegerische Auseinandersetzungen mit unabsehbaren Folgen zu schmieden, sollte es aber sein, nach friedvollen Alternativen zu suchen. Glücklicherweise schlägt Europa auch andere Wege ein: So ist es erklärtes Ziel, bis zum Jahr 2010 mindestens zwölf Prozent des Gesamtenergieverbrauchs aus regenerativen Energien zu decken.

Diese Strategie ist nicht umsonst zu haben. Aber sie verschlingt keine dreistelligen Milliardensummen, verwüstet nicht ganze Landstriche, kostet nicht unzählige Menschenleben. Sie schafft Arbeit und Mehrwert und erhöht die Versorgungssicherheit. Durch den Ausbau regenerativer Quellen ließen sich die Importe fossiler Energien langsam absenken, bestätigt Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal Institut: „Damit ließe sich unsere Abhängigkeit wirkungsvoll reduzieren.“ In einem jüngst von der EU-Kommission vorgestellten Aktionsplan ist die Deckung des EU-Energieverbrauchs im Jahr 2010 zu neun Prozent aus eigener Biomasse vorgesehen. Damit sank die Abhängigkeit von Energieimporten bereits von 48 auf 42 Prozent (neue energie 1/2006). Und das ist nur der Effekt einer Regenerativquelle. Nach einer vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Studie können bereits im Jahr 2020 rund 25 Prozent des deutschen Strombedarfs aus Erneuerbaren gewonnen werden, während es heute etwa zehn Prozent sind (siehe Seite 7). Mit jedem Prozent im eigenen Haus produzierter grüner Energie sinkt auch hier die Abhängigkeit von Importen.

Den bewaffneten Kampf um Öl und Gas halten selbst Militärexperten für sinnlos. Oberst Roland Kaestner, Leiter Bereich Streitkräfteeinsatz der Bundeswehr, ist überzeugt: „Niemand kann ernsthaft glauben, dass man das Problem der Versorgungssicherheit militärisch lösen kann.“ Als Beispiel nennt er die Verteidigung von Pipelines gegen terroristische Anschläge. Ein solches Unterfangen sei aussichtslos. Wer einen Blick auf das fein verästelte Pipeline-Netz in Europa wirft, wird schnell begreifen warum. ◀